



Ein Virus hat alles verändert. Covid-19 hat geschafft, was all die Diskussionen um Klimawandel und Gerechtigkeit der vergangenen Jahre nicht geschafft haben. Menschheitsbedrohende Phänomene sind keine Theorie mehr. Die Pandemie hat das Risiko unseres extensiven Lifestyles erlebbar gemacht. Denn ist diese weltumspannende Krise ist kein exogener Schock. Vielmehr hat die krasse, renditeorientierte Globalisierung die Ausbreitung befeuert.

Krisen sind meist brutal – Krisen wohnt aber immer auch Innovationspotential inne. Das gilt auch für die Covid-19-Pandemie. Dieses tod- und leidbringende Virus stellt nahezu alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Standardroutinen in Frage. Das Covid-19-bedingte Innovationsgeschehen umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche, nicht nur das Arbeitsleben und die Produktion. Es geht nicht nur um die spontane Digitalisierung. Es geht auch um soziale Innovationen. In den vergangenen Monaten wurde gerade das gesamtgesellschaftliche Miteinander einem harschen Stresstest unterworfen – kurzum: Es wurden in kürzester Zeit neue Routinen etabliert, von denen das Homeoffice in diesem Zusammenhang nur ein Stichwort ist.

Aktuell geht flächendeckender Gesundheitsschutz vor Rendite – das war noch nie so. Aktuell gilt auch: Gesundheitsschutz ist wichtiger als schwarze Null. Auch ist klar geworden, dass gesellschaftlich notwendige Arbeit zwar systemrelevant ist, oft jedoch nicht angemessen entlohnt wird. Diese Krise zeigt die Einkommens- und Vermögensproblematik noch deutlicher auf, als dies ohnehin schon erkennbar war. Die große alte Frage stellt sich erneut – mit verschärfter Dringlichkeit: Wo will die Gesellschaft in Zukunft stehen?

Und gerade jetzt, kurz bevor die zum Schutz vor Covid-19 versprochene Impfwelle flächendeckend in Gang gebracht wird, lohnt es sich, kurz innezuhalten.

Einladung zum neuen Denken

Gerade jetzt gilt es, die Coronakrise als Möglichkeit für soziale Innovationen zu nutzen, zum Wohle aller | Von Mechthild Schrooten

Innezuhalten nicht nur, um vorbereitet zu sein, auf das, was da noch kommt, sondern auch, um die Zukunft aktiv mitzugestalten. Etliche technologische Innovationen, die uns helfen, in der Coronawelt zurecht zu kommen, werden sich in einer eventuellen Post-Covid-Zeit nicht einfach wieder zurückdrängen lassen. Das zeichnet sich für den Bereich „künstliche Intelligenz“ schon klar ab. Aber wie soll das Miteinander rund um die technologischen Lösungen organisiert werden?

Wir brauchen gezielte soziale Innovationen, die an die Krisenerfahrung anknüpfen. Eine zentrale Erfahrung, auch wenn sie nicht neu sein sollte, wird uns wieder ganz existenziell bewusst, nämlich dass

Menschsein auch immer gesellschaftliches Miteinander heißt. Individualismus, Wettbewerb und Markt helfen gerade nicht, diese Krise gut zu überstehen. Und aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir in Zukunft noch öfter mit solchen Phänomenen konfrontiert sein. Allein die Krisenhäufigkeit in den vergangenen 20 Jahren deutet schon darauf hin.

Ich lade Sie daher ein, auf diese Krise durch eine besondere Brille zu blicken. Krisen sind immer auch Verteilungskrisen, es geht um Macht, Gestaltung und nicht nur um Kapitalismus und Geld. Auffallend erscheint, dass in der aktuellen Krise wichtige Akteure – wie die Gewerkschaften, die Wohlfahrtsverbände, die Interessenvertre-

tungen von Eltern und Kindern, von Alten und anderen, aber auch die Kirchen – kaum die Stimme erheben. Dabei ist klar: Wir brauchen dauerhaft mehr Menschlichkeit.

Unser Menschsein hatten wir aber über Jahre sogenannten ökonomischen Zwängen

PROF. DR. MECHTHILD SCHROOTEN
arbeitet als Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen. Sie ist Sprecherin der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memogruppe“).

untergeordnet. Das konnte nicht gut gehen – das haben viele schon früh gespürt. Dieses Gefühl hat nicht getäuscht. Daher sollten wir auch in der sogenannten Post-Covid-Zeit nicht bedingungslos an alle alten Routinen anknüpfen wollen. Es wäre besser, wenn wir die Vergangenheitsstrategien in Frage stellen würde. Tabus darf es dabei nicht geben. Konkret: Was hat uns die relativ schlechte Bezahlung von Arbeit in systemrelevanten Bereichen gebracht? Nutzt uns die große Ungleichheit von Einkommen und Vermögen? Soziale Innovation wäre es auch, die bedingungslose Akzeptanz von hohen und höchsten Renditen für das Kapital in Frage zu stellen.

Wie jede Krise hat auch diese Pandemie nicht nur Verlierer, sondern auch Gewinner hervorgebracht. Gewinner sind vor allem diejenigen, die auf E-Business und Digital gesetzt haben. Es ist auch klar, dass diese Krise hohe Kosten verursacht. Bei Einzelnen – aber auch auf der gesamtstaatlichen Ebene. Die Kredite für die unterschiedlichen staatlichen Pandemiepakete in Milliardenhöhe müssen in Zukunft zurückgezahlt werden – eine solche Tilgung sieht die Schuldenbremse vor. Der Verteilungskampf um die Zukunftsgestaltung hat bereits begonnen. Es wäre daher auch eine soziale Innovation, wenn sich die Gewinner der Krise bereitwillig und überproportional an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligen wollen würden – damit die Euro-Milliarden für die staatlichen Stützungsprogramme nicht auch noch bei denjenigen eingesammelt werden müssen, die ohnehin wenig haben. Vermögensabgabe und Vermögensteuer heißen die technischen Lösungen für mehr Gerechtigkeit.

Es geht um viel, es geht um den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Miteinanders. Ein einfaches Zurück in den Zustand vor Covid-19 ergibt keinen Sinn, denn dann hätten wir aus der Krise nichts gelernt.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Prozente

H heute vor einem Jahr wurden Saska Esken und Norbert Walter-Borjans zu Vorsitzenden der SPD gewählt. Nachdem sich die beiden beim Mitgliederentscheid gegen das Duo Olaf Scholz/Klara Geywitz durchgesetzt hatten, erhielt sie 75,9 Prozent der Stimmen der Delegierten, eines der schlechtesten Ergebnisse in der Parteigeschichte. Er bekam 89,2 Prozent. Was ihr Ziel sei, das sie bis Ende 2020 erreichen wolle, wurde Esken damals von der SPD-Zeitung *Vorwärts* gefragt. Die Antwort: „Zustimmungswerte für die SPD von 30 Prozent und vielleicht mehr.“ Doch nach wie vor liegen die Werte bei 16 Prozent. Wie es mit einem SPD-Kanzlerkandidaten sei? „Die Debatte müssen wir führen, wenn Wahlen anstehen. Wenn die SPD wieder höhere Zustimmungswerte hat, haben wir als Partei natürlich den Anspruch, wieder eine Regierung anzuführen.“ Die Debatte aber wurde geführt, als Wahlen noch nicht anstanden, und es wurde entschieden, obwohl die SPD noch keine höheren Zustimmungswerte hatte. Die Vorsitzenden beugten sich, um den Eindruck zu vermeiden, der einzig in Frage kommende Kandidat, Olaf Scholz, sei in Wahrheit nicht gewollt. Weiteres Abwarten wäre zu seinen Lasten gegangen.

Ausgerechnet Saska Esken, die damals Unbekannteste, könnte zur Gewinnerin der vergangenen zwölf Monate werden. Ihr Ziel, wieder in den Bundestag gewählt zu werden, wird sie erreichen. Selbstverständlich war das nicht. Ihren Wahlkreis hat sie noch nie gewonnen. Sie war sogar gescheitert, auch nur in den Vorstand der Baden-Württemberg-SPD gewählt zu werden. Im Bundestag blieb sie, was sie war – eine Fachpolitikerin für Digitales. In großen Parlamentsdebatten reden andere. Doch wer schon will einer SPD-Vorsitzenden einen sicheren Listenplatz verweigern? Nach der Zahl der Follower bei Twitter hat Esken ihren Ko-Vorsitzenden abgehängt, was ihren Ehrgeiz unterstreicht. Sie genießt ihre Gespräche mit Angela Merkel. Den einst von ihr attackierten Scholz lobt sie. Ehemalige Gegnerin der großen Koalition, beantwortet sie nun Fragen nach deren Fortsetzung ambivalent, wie das auch ihr Förderer Kevin Kühnert mittlerweile tut: „Ein Jahr vor der Wahl ist es falsch, Koalitionsgedankenspiele anzustellen und alles Mögliche auszuschließen.“ Sollte es nach der Wahl doch wieder zu einem Bündnis von Union und SPD kommen müssen, würde ihr Ja-Wort gebraucht. Ein Ministeramt als Dankeschön? In der Opposition bliebe nur Rücktritt.

Flügelschläge, Grabenkämpfe und Spaltpilze

Droht der AfD nach der Beinahe-Eskalation auf dem Parteitag der Bruch? | Von Oskar Niedermayer

Auf ihrem Bundesparteitag am vergangenen Wochenende wollte sich die AfD ein renten- und sozialpolitisches Profil geben und damit eine seit ihrer Gründung 2013 bestehende programmatische Lücke schließen. Das gelang ihr auch. Die Schlagzeilen bestimmte jedoch ein anderes Ereignis: die kämpferische Auftaktrede des Co-Vorsitzenden Jörg Meuthen mit einem Frontalangriff auf seine innerparteilichen Gegner und deren Schutzherren in der Partei- und Fraktionsführung.

Schon sehr lange wurde die Partei von dem personellen, inhaltlichen und strategischen Streit zwischen dem – für AfD-Verhältnisse – moderateren, rechtskonservativen Meuthen-Lager und dem völkisch-nationalistischen und damit rechtsextremistischen Teil der Partei geprägt, der sich im „Flügel“ sammelte. Der Streit eskalierte, als der Verfassungsschutz den „Flügel“ Mitte März als erwiesene extremistische Bestrebung zum Beobachtungsfall erklärte, der Bundesvorstand daraufhin die Auflösung des „Flügels“ forderte und Mitte Mai die Parteimitgliedschaft eines der Hauptakteure, des Brandenburger Landes- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Kalbitz, für nichtig erklärte, weil er in seinem Aufnahmeantrag seine Mitgliedschaft in der rechtsextremen Heimat treuen Deutschen Jugend verheimlicht habe.

Auf dem Parteitag führte dann die Aussprache zu einem Antrag, der Meuthen

wegen des Falles Kalbitz spalterisches Gebaren beschleunigen sollte, und zu einer weiteren dramatischen Eskalation zwischen den beiden Lagern.

Der Graben, der die Partei spaltet, ist durch den Parteitag noch tiefer geworden, sodass sich die Frage stellt, ob es in nächster Zeit zu einer formellen Parteispaltung kommt. Trotz der Feindseligkeit der beiden Lager spricht jedoch einiges gegen eine Spaltung.

Die Partei steckt schon seit dem März in Bezug auf den Wählerzuspruch in einer tiefen Krise und verlor ein Drittel ihres Wählerpotenzials, was nicht nur auf den innerparteilichen Streit zurückzuführen ist. Das Erfolgsrezept der AfD war es seit ihrer Gründung, sowohl Überzeugungswähler mit einem rechtskonservativen bis rechtsextremen Weltbild anzusprechen als auch – in viel höherem Maße als bei den anderen Parteien – sogenannte Protest-

PROF. DR. OSKAR NIEDERMAYER
lehrt bis 2017 am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft und war Leiter des Otto-Stammer-Zentrums an der FU Berlin. Er ist einer der führenden Experten in Deutschland zur Parteien- und Wahlforschung.

wähler, die die AfD wählten, um anderen Parteien wegen ihrer Politik einen Denkzettel zu verpassen.

Um Protestwähler in großer Zahl anzuziehen, muss eine Partei bei einem für die Wähler sehr wichtigen Thema mit ihrer inhaltlichen Positionierung ein Alleinstellungsmerkmal haben, und ein relativ großer Teil der Wählerschaft muss ihre Position teilen. Dies war vor allem von 2015 bis 2019 in Bezug auf die Migrationspolitik der Fall, deren Ablehnung zum Markenkern der Partei wurde. Ab dem Frühjahr 2019 wurde das Migrationsthema jedoch vom Klimawandel als wichtigstes Thema abgelöst. Konnte die AfD schon dieses Thema nicht für sich instrumentalisieren, so gelang es ihr noch viel weniger mit der Coronakrise, die ab März für die Deutschen zum einzig wirklich wichtigen Problem wurde. Die nach anfänglicher Ratlosigkeit über den Umgang mit dem Thema von den Radikalen in der Partei vorangetriebene Fundamentalkritik an den politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und deren Schulterschluss mit Rechtsextremisten, Reichsbürgern und Verschwörungstheoretikern bei den Querdenker-Demonstrationen schreckt bürgerlich-konservative Wähler ab. Und die fundamentaloppositionellen Querdenker machen trotz ihrer hohen Medienaufmerksamkeit nur einen verschwindend geringen Teil der Wählerschaft aus.

Zudem hat die Partei in ihrer kurzen Geschichte schon drei Abspaltungen mit darauffolgenden Parteineugründungen sowohl im konservativen als auch rechtsextremistischen Spektrum erlebt, die allesamt erfolglos waren: 2015 Bernd Luckes „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“, 2017 Frauke Petrys „Die blaue Partei“ und 2019 André Poggenburgs „Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland“. Selbst bei der größten Abspaltung 2015 verlor die Partei nur ein Fünftel ihrer Mitglieder. Dennoch sackte die Rumpf-AfD aufgrund des Streits und der Spaltung auf Umfragewerte unter 5 Prozent ab.

Heute sind beide Lager in etwa gleich groß, und im nächsten Herbst steht die Bundestagswahl an, sodass beide nach einer Spaltung noch eher befürchten müssten, dass sie jeweils an der 5-Prozent-Hürde scheitern und damit auf der Bundesebene bedeutungslos werden.

Dass diese Gefahren den Hauptakteuren bewusst sind, zeigen ihre Reaktionen

DER HAUPTSTADTBRIEF.

Lesen Sie mehr vom *Hauptstadtbrief* – diese Woche:

Gisela Dachs über Iran, Israel und die USA – und die Hoffnung auf Joe Biden, **Katharina Hamberger** über Wahlkampf in Pandemiezeiten – und Markus Söders Chancen, Kanzlerkandidat der Union zu werden. Und **Inge Kloepper** in ihrer Kolumne *Auf den zweiten Blick* über die wirklichen Wirklichkeiten des Börsengeschehens – auf www.derhauptstadtbrief.de.